

# Editorial

Joachim Becker, Christina Plank und Rudy Weissenbacher

Rechtsnationalistische Parteien haben in den letzten Jahren vor allem in ländlichen Räumen und Kleinstädten oft besonders gut abgeschnitten. Diese Tendenz war auch in Österreich erkennbar (vgl. Essletzichler et al. 2018). Das hat zu einer verstärkten publizistischen und auch wissenschaftlichen Aufmerksamkeit für die sozio-ökonomischen und politischen Entwicklungen der ländlichen und kleinstädtischen Räume geführt, nachdem sie für zumindest drei Jahrzehnte eher am Rande diskutiert wurden.

Dies entsprach auch den politischen Trends. Bis etwa Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre war die Angleichung der regionalen Lebensverhältnisse ein politisches Anliegen. Dieses Anliegen fand seinen Ausdruck unter anderem in der Infrastrukturpolitik. In manchen Ländern, wie in Österreich oder Italien, wurden auch öffentliche Unternehmen gezielt für regionalpolitische Ziele eingesetzt. Diese teils neoklassisch, teils keynesianisch grundierte Regionalpolitik war eine Ergänzung makro-ökonomischer Politik. Infrastrukturinvestitionen sollten einer funktionalen Integration in die nationale, später auch in die Ökonomie der Europäischen Union (EU) leisten. Entsprechend der Modernisierungstheorie nahmen sie endogene Entwicklungshemmnisse an, die durch externe Entwicklungsimpulse beseitigt werden sollten. In den 1970er Jahren wurden die Grenzen dieses Ansatzes immer deutlicher. Eine linke Strömung, die durch die lateinamerikanische Abhängigkeitsdiskussion inspiriert war, forderte einen Strategiewechsel, der lokale AkteurInnen und Entwicklungspotenziale stärken und für periphere Regionen selektive Schutzmechanismen schaffen sollte, die eine Entwicklung von unten und innen erleichtern würde (vgl. Weissenbacher 2015 und Weissenbacher in dieser Nummer).

Die politische Wende ging jedoch nicht nach links, sondern neoliberal nach rechts. Die Vorstellung eines regionalen „trickle down“ wurde eher noch radikalisiert. In der öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Debatte und der politischen Praxis galt immer mehr Aufmerksamkeit den internationalisierten Metropolen sowie auch spezialisierten „smarten“ Regionen als Wachstumsmotoren. Es standen nun nicht mehr produktive Sektoren wie die Industrie im Vordergrund, sondern Dienstleistungssektoren, allen voran der Finanzsektor. Strukturpolitik verschwand fast völlig von der politischen Agenda, die Einführung der Regionalpolitik auf eine Infrastrukturpolitik, wie sie in der EU-Regionalpolitik zu Tage tritt, verstärkte sich noch. Im Vordergrund standen die „Regionen, die gewinnen“ (Benko/Lipietz 1992), nicht jene, die verlieren. Speziell in peripheren, dünn besiedelten Regionen wurde die öffentliche Infrastruktur wegen fehlender Rentabilität ausgedünnt. Auch die Privatisierung öffentlicher Betriebe trug zu einem Schwinden von Produktionsstätten, Zweigstellen und auch Infrastruktur bei. Die Veränderung der Verwaltungsstrukturen folgte vielfach einer ähnlichen Logik: Gemeinde- und Verwaltungsreformen führten zu Zusammenlegungen und räumlicher Konzentration von öffentlichen Einrichtungen. Auch hier gingen Kostenfragen vor räumlicher Zugänglichkeit, Nähe und Demokratie.

Die Versuche, die Regionalwissenschaften anzupassen (bspw. durch die New Economic Geography, oder die Geographical Economics), blieben meistens in den alten Paradigmen gefangen. Wenngleich die Existenz räumlicher ungleicher Entwicklung nicht (mehr)

bestritten wurde, waren diese neuen Ansätze „bewusst oder unbeabsichtigt mit neoliberalen Sichtweisen kompatibel und haben diese unterstützt. Alle Städte und Regionen werden dabei zu ‚Gewinnerinnen‘, indem sie eine erfolgreiche Nische in der globalisierenden Ökonomie finden – vorausgesetzt sie übernehmen angemessene institutionelle Arrangements, passende soziale Einstellungen und verwenden erfolgreich ihre Ressourcenausstattung, wie auch immer diese sein mögen“ (Hudson/Hadjimichalis 2014: 212). So wurde aus der theoretischen Antwort, die eine „frontale Attacke gegen den Neoliberalismus“ erfordert hätte, „bestenfalls“ eine entpolitisierte (ibid).

Aus dem veränderten Entwicklungsmodell und der verstärkt kommerziellen Logik der Infrastrukturpolitik folgten Verschiebungen in der wirtschaftsräumlichen und sozioräumlichen Entwicklung. Umlandgemeinden von Metropolen erlebten zum Teil einen starken Zuzug, auch manche Tourismus-Regionen mochten von den veränderten Trends profitieren. Unter Betriebsschließungen leidende (kleinstädtische) Industrieregionen und agrarisch oder forstwirtschaftlich geprägte Randregionen erlebten einen Niedergang. Einerseits haben PendlerInnenbewegungen vielfach zugenommen, andererseits gibt es eine verstärkte Abwanderung aus niedergehenden und peripheren Regionen. Am Beispiel der Picardie macht Thomas Venet (2017: 43 ff.) deutlich, dass bei den Jugendlichen die Abwanderung einen Klassenbias hat. Es wandern eher die besser Gebildeten zeitweise oder dauerhaft ab, die am stärksten prekären Jugendlichen schaffen den Absprung nicht und bleiben vor Ort. Ihre Chancen, eine Stelle in der Region zu finden, stehen angesichts der schlechten Stellensituation gering. Das „Kapital der Autochthonie“ (Venet 2017: 43), also die lokalen Verbindungen, die bei der Stellensuche (im industriellen Bereich) in der Vergangenheit geholfen hätten, sei entwertet (ähnlich Pierru/Vignon 2016: 88). Auch ist oft eine tendenziell stärkere Abwanderung von Frauen zu beobachten. Hier spielt der höhere Bildungsstand eine Rolle, aber auch die stärkere Verfestigung traditioneller Geschlechterrollen in ländlichen Regionen (Oedl-Wieser 2017: 2 f.). Diese Entwicklungen haben auch politische Konsequenzen.

Linksorientierte Strömungen haben – mit Ausnahme einiger ökologisch orientierter Kreise – den Entwicklungen in ländlichen und kleinstädtischen Räumen, ähnlich den liberalen Strömungen, wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sind auch für den Kurswechsel nur selten ein Thema gewesen. In dieser Nummer möchte der Kurswechsel einige Facetten der sozio-ökonomischen Dynamiken in unterschiedlichen ländlichen Räumen, politische Handlungsmuster und auch mögliche Alternativen für ländliche Räume diskutieren. Hierbei wird der Fokus auf Österreich mit einem Blick über die Grenze in die Slowakei gelegt.

## Stadt und Land in Österreich

„Die urbanen Zentren wachsen, der periphere ländliche Raum schrumpft“ (Bauer 2018: 2) im Hinblick auf die Bevölkerung. Und zwar verliert der „ländliche Raum abseits der Zentren [...] umso stärker je größer die Entfernung zu einem Zentrum ist. Im als ‚zentral‘ charakterisierten ländlichen Raum beträgt der Binnenwanderungssaldo -1,7 auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im als ‚peripher‘ klassifizierten ländlichen Raum hingegen -5,0 [...]“ (Bauer 2018: 4). Nach den Daten der Statistik Austria (EU-SILC 2017a, Kap.5) wohnen mehr als die Hälfte der Menschen in Österreich (knapp 54%) in Gemeinden mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen (EW), gefolgt von Wien (knapp 21%), Gemeinden

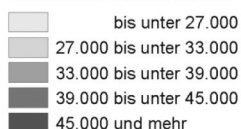
zwischen 10.000 und 100.000 EW (17 %) und den Städten Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck mit insgesamt knapp 9 %.

Mehr als 900.000 Menschen in Österreich werden durch staatliche Sozialleistungen aus der Armutsgefährdung gehoben. 1,245 Millionen ÖsterreicherInnen gelten als armutsgefährdet, das sind mehr als 14 % der Bevölkerung. Die allermeisten Armutsgefährdeten leben in Gemeinden, die kleiner sind als 10.000 EinwohnerInnen (41 %), gefolgt von der einzigen großen Stadt (Wien) mit 31 %, Gemeinden zwischen 10.000 und 100.000 EinwohnerInnen (16 %) und Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck mit insgesamt 12 %. Die Sozialleistungen spielen in den kleinen Gemeinden und in Wien die größte Rolle bei der Vermeidung der Armutsgefährdung. In absoluten Zahlen leben also die meisten Armutsgefährdeten in kleinen Gemeinden, im Verhältnis zur Bevölkerung ist die Armutsgefährdung aber ein städtisches Phänomen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Einkommen: Fasst man die Städte Wien, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck zusammen (Bevölkerungsanteil: 30 %), dann wohnen dort mit 42 % überproportional viele der von der Statistik Austria (EU-SILC 2017b) als zum untersten Einkommenszehntel gezählten Bevölkerung, aber auch mit 36 % überproportional viele im obersten Einkommenszehntel.

Wo wird der gesellschaftliche Wohlstand geschaffen? Betrachtet man die räumliche Entstehung unabhängig vom Wohnort der ProduzentInnen, dann wird nach wie vor eine regionale Variante des Bruttoinlandsprodukts (BIP)<sup>i</sup> geschätzt. Die in Marktpreisen angegebene „Wertschöpfung“ ist in Österreich sehr stark auf die städtischen Ballungsräume konzentriert. Von den 35 NUTS 3 Regionen (Abbildung 1) lagen 2015 Salzburg (und Umgebung) mit € 51.700,- pro EW, Linz-Wels € 50.600,- pro EW und Wien € 48.300,- pro EW an der Spitze und das Weinviertel (21.100), das Mittel- und Südburgenland (23.500 bzw. 25.000) am Ende der Skala (Pesendorfer/Gruber 2017).

### Bruttoregionalprodukt je Einwohner 2015 nach NUTS 3-Regionen

Bruttoregionalprodukt je Einwohner  
zu laufenden Preisen in Euro



39.900 Österreichdurchschnitt

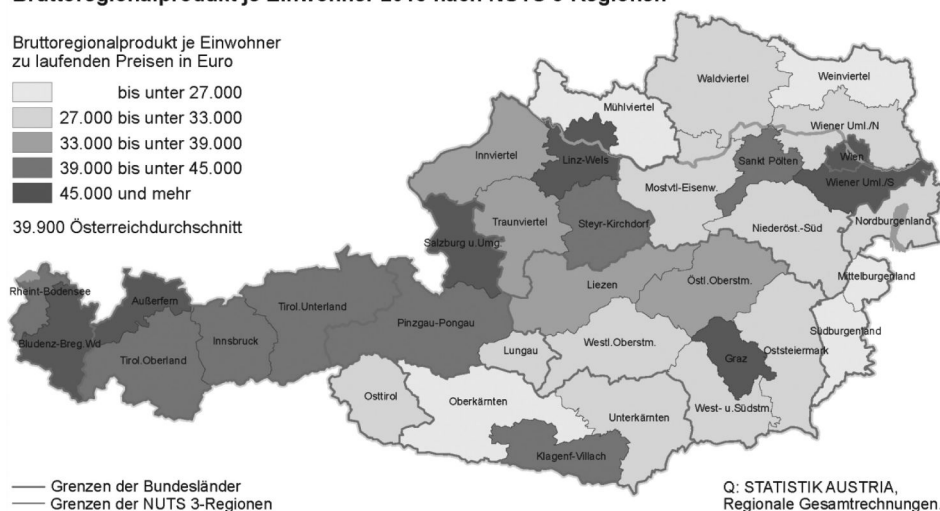


Abbildung 1 – Quelle: Pesendorfer/Gruber (2017)

Betrachtet man hingegen das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, also etwa Parteien, Kirchen oder Vereine) pro EW nach dem Wohnortprinzip zeigt sich ein anderes Bild. Leider sind diese Daten nur auf NUTS 2-Ebene (Bundesländer) verfügbar, deshalb ist nur der Unterschied von Wien augenscheinlich, das sich hier nunmehr am Ende der Skala (gleichauf mit Kärnten) wieder findet. Der überdurchschnittliche Wert von Niederösterreich legt nahe, dass hier die PendlerInnen nach Wien (was vom regionalen BIP nicht berücksichtigt wird) einen Ausschlag geben (siehe Abbildung 2). Jene, die urbane Zentren verlassen, arbeiten häufig weiterhin in der Stadt und nehmen Pendelwege in Kauf. „Für jede fünfte Person, die aus Graz (20 %) und Wien (19 %) weggezogen ist, liegt die Zielgemeinde im ländlichen Raum abseits von urbanen oder regionalen Zentren. Dies hängt vermutlich mit den hohen Grundstücks- und Wohnpreisen in der Nähe der Zentren zusammen [...] (Bauer 2018: 4)“.

**Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und der POoE je Einwohner 2016<sup>1)</sup> nach Bundesländern**

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und der POoE (Private Organisationen ohne Erwerbszweck) je Einwohner in Euro

- bis unter 23.000
- 23.000\* und mehr

\* Österreichdurchschnitt

1) Vorläufige Zahlen.

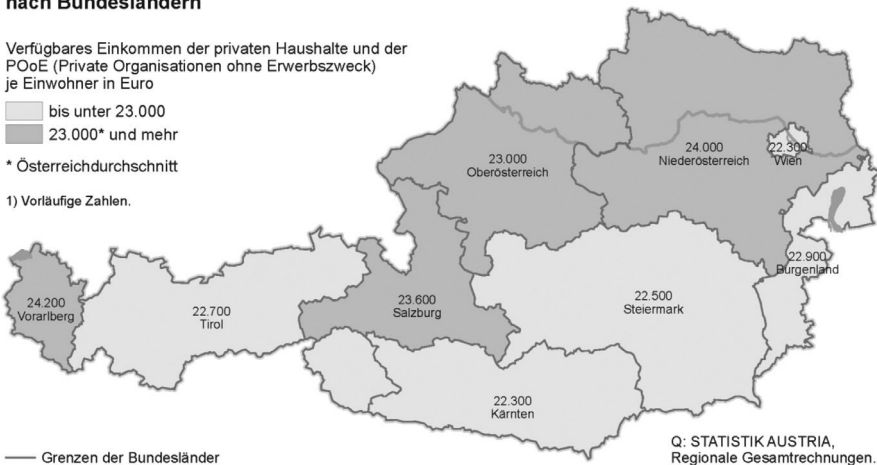


Abbildung 2 – Quelle: Pesendorfer/Gruber (2017)

Stellt man abschließend die Frage, welcher Natur die Wohlstandsproduktion ist, stößt man innerhalb des Zentrumslands Österreich (für eine europäische Zentrum-Peripherie Typologie siehe Weissenbacher i. E.) auf ähnliche Tendenzen wie zwischen Staaten. Auf staatlicher Ebene ist industrielle Produktion („Industrieland“) seit den 1960er Jahren keine Charakteristik des Zentrums mehr, es geht mehr um die Kontrolle der globalen Güterketten als um die Organisation von Produktion auf eigenem Territorium. Die Regionen des Zentrums in Österreich haben von der Beschäftigungsstruktur einen besonderen Überhang im Dienstleistungssektor. Die Industrieproduktion „sucht“ diesen Darstellungen zur Folge besonders die räumliche Nähe der BRD, von deren Güterketten die österreichische Produktion wesentlich beeinflusst wird. So stieg im an die BRD angrenzenden Bundesland Oberösterreich, das am meisten Beschäftigte im sekundären Subsektor „Herstellung von Waren“ aufweist, der Anteil der Beschäftigten in diesem Subsektor von 2000 bis 2015 zwar an, sank aber anteilmäßig an der Gesamtbeschäftigung von 23,6 % auf 21,8 %. (Statistik Austria o. J.: 2). Große Beschäftigungsgewinne sind im Industriesektor aufgrund der hohen Produktivität nicht zu erwarten (Gartner/Hametner

2017). Bezogen auf das 2017 neu errichtete Walzwerk der Voestalpine im steirischen Donawitz argumentiert Voestalpine-Chef Wolfgang Eder: „In der riesigen [...] Halle sieht man im Normalbetrieb keine Menschen mehr. Die Arbeit konzentriert sich auf drei bis fünf Experten in einem Hightech-Steuerstand“ (Pressberger 2018: 9). 450 Jobs würden in der Steiermark gesichert (derStandard.at 2017). Für den Standort Donawitz seien die Arbeitsplätze durch Umschulungen im Wesentlichen erhalten geblieben, „der größte Teil ist [...] ins Backoffice und die sehr anspruchsvoll gewordene Infrastruktur gewechselt“ (Eder zit. nach Pressberger 2018: 9). Dies weist auf die Frage der Tertiarisierung von Industriearbeit. Der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor hat sich in Österreich insgesamt von  $\frac{2}{3}$  im Jahr 2000 auf  $\frac{3}{4}$  im Jahr 2016 erhöht (Statistik Austria o. J.: 2). Die öffentlich finanzierten Universitäten und Fachhochschulen sind jedenfalls – neben Forderungen weiterer Arbeitsmarktflexibilisierung und Investitionsbegünstigungen – wesentlich für Standortentscheidungen (Schneid 2017). Auch die industrielle Agrarproduktion in Ostösterreich folgt einer Tendenz von Produktivitätssteigerungen auf Kosten von Beschäftigung (Gartner/Hametner 2017).

Ökologische Aspekte spielen bei der staatlichen Standortpolitik keine Rolle. Der Schutz der natürlichen Umgebung des Menschen ist seit geraumer Zeit sogar wieder in der Defensive. Schon vor der letzten Nationalratswahl gab es (anlässlich des temporären Stopps des Ausbaus der dritten Piste für den Flughafen Schwechat) Initiativen, die Standortisierung in Verfassungsrang zu heben und damit den 1984 verankerten Umweltschutz zu entkräften (vgl. Pichler 2017). Der Voestalpine-Chef Wolfgang Eder richtete der künftigen Regierung u. a. punkto Klimaschutz aus: „Wir müssen darauf verzichten, Vorschriften der EU noch weiter zu verschärfen“ (zit. n. Schneid 2017). Auch in der Agrarpolitik sind in den letzten Jahren keine neuen Akzente zugunsten ökologischer Produktion erkennbar (vgl. Salzer 2015). Dass die kapitalistische Produktionsweise eine starke Tendenz zur Ressourcenverschwendung und Umweltbelastung zeigt, wird dabei insbesondere in der industriellen Agrarproduktion auch in den Ländern des Zentrums sichtbar, mittels Insektensterben, Nahrungsmittelvernichtung durch industrielle Fleischproduktion (bei gleichzeitiger massiver internationaler Unterversorgung von Menschen mit Lebensmitteln), extremer Belastung des Grundwassers und der Zerstörung von Böden.

## Politische Dynamiken

So wie die ländlichen und kleinstädtisch geprägten Räume in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur und Dynamik ausdifferenziert sind, so gilt das auch für die politische Dynamik. Die Bevölkerung der sogenannten Speckgürtel um großstädtische Regionen geht meist einer Beschäftigung im städtischen Zentrum nach und ist zu einem erheblichen Teil der lohnabhängigen Mittelschicht zuzuordnen. Das WählerInnenverhalten ist dann auch oft relativ stark von metropolitanen Mustern beeinflusst. Kleinstädte und Dörfer in peripheren Regionen sind hingegen von Verlust an lokalen Arbeitsplätzen, Pendeln über große Distanzen und Abwanderung, vor allem von jüngeren, besser Gebildeten, geprägt. Der frühere ländliche Leitsektor – die Landwirtschaft – ist durch eine deutliche Konzentration gekennzeichnet, der auch die österreichische und EU-Agrarpolitik tendenziell Vorschub leisten (Salzer 2015: 84 ff.).

In ländlichen Regionen „existiert aufgrund der geringeren Bevölkerungsdichte eine weitaus schwächer ausgeprägte Anonymität im sozialen Umgang miteinander und daraus

folgend ausgeprägte Überschneidungen in beruflichen Kontexten, Personenämtern und Vereinstätigkeiten. In der Folge ist es möglich, dass sich in solchen ländlichen Strukturen sogenannte Etabliertenvorrechte und hierarchische Beziehungen von länger eingesessenen Bürgern gegenüber später zugewanderten Menschen herausbilden“, so Jan König und Marko Kurmann (2017: 75). Wie Venet (2017: 43 ff.) am Beispiel der Picardie deutlich macht, ermöglichen diese Netzwerke zumindest in bestimmten Kontexten – im Fall der Picardie ausgeprägter Deindustrialisierung – weniger als früher den Zugang zu relativ stabilen Arbeitsplätzen in der Region. Im Fall der Picardie führt die prekäre berufliche Situation von jungen Leuten der ländlichen populären Klassen zu verstärkter Abhängigkeit von familiärer Absicherung (Wohnung, Ernährung, etc.). Auch in der Jugend geschaffene Freundschaftsnetzwerke seien Orte, in denen die Klassenidentität (populär und ländlich) sowie die Generationenerfahrung (Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit, tristes ökonomisches Umfeld, etc.) eine Bekräftigung erführen (Venet 2017: 46). Ein solcher Kontext kann von rechtsnationalistischen Parteien genutzt werden, um eine „restaurative Nostalgie“ (Koenis 2016: 169) zu mobilisieren. Restaurativ sowohl im Hinblick auf eine „nationale Präferenz“ als auch im Hinblick auf die Geschlechterrollen.

Weiters ist vielfach auch eine Erosion der lokalen Vereine und Infrastruktur festzustellen, was auch Konsequenzen für die ländlichen sozialen Beziehungen hat. Aus einer langjährigen Feldforschung in einer ländlichen Region mit hohem WählerInnenanteil des Front National ziehen Pierru und Vignon (2016: 100) den Schluss, dass sich die Dynamik des Stimmenanteils des Front National zu einem Großteil aus der „Destrukturierung der gesellschaftlichen Beziehungen (*sociabilités*) im ländlichen Milieu und aus der Marginalisierung eines Teils der Einwohner“ erkläre. Die französischen Erfahrungen lassen sich nicht einfach auf andere Kontexte übertragen, verweisen aber auf die Notwendigkeit komplexer Erklärungsmuster für die Zunahme oder auch Verfestigung von Stimmabgaben für rechtsnationalistische Parteien in ländlichen Räumen.

König und Kurmann (2017: 75 f.) verweisen darauf, dass Gemeindereformen und die damit zunehmende räumliche Entfernung ländlicher Bevölkerung von kommunalen Entscheidungszentren zu einer Entleerung der Demokratie führen könnten, was für rechtsnationalistische Akteure Spielräume schaffen könnte. Die FPÖ hat sich in der Steiermark bspw. massiv gegen die Gemeindezusammenlegung positioniert.

Programmatisch haben allerdings rechtsnationalistische Parteien bei der Frage ländlicher Entwicklung wenig zu bieten – die FPÖ forciert vor allem den Tourismus (FPÖ 2017 unter dem Punkt „Stärkung von Tourismus und Gastronomie“), die AfD hat Schwammiges zur Landwirtschaft – mehr mittelständische Landwirtschaft und weniger bürokratische Gängelung – zu bieten (AfD 2017: 88), während der Front National eine französische statt einer EU-Agrarpolitik, staatliche Beschaffung im Nahrungsmittelsektor vor allem bei einheimischen ProduzentInnen, eine Forcierung einheimischer erneuerbarer Technologien und einen gleichen Zugang zur Infrastruktur auch für ländliche Regionen fordert (Front National 2017, v. a. das Kapitel „Une France durable“).



## Mögliche Alternativen für ländliche und peri-urbane Räume

Potenzielle politische Räume für soziale und ökologische Alternativen in ländlichen Regionen scheinen jedoch durchaus gegeben. Oftmals werden sie zivilgesellschaftlich initiiert, finden auf einer lokalen Ebene statt und stellen das Gemeinschaftliche in den Vordergrund. Beispiel hierfür wären Ökodörfer, die durch gemeinsamen Nutzen von Infrastruktur, dem Ziel der Nachhaltigkeit folgend, nicht nur eine Umgestaltung des individuellen Lebensstils anstreben, sondern kollektiv nach neuen Strukturen suchen. Erneuerbare Energiesysteme oder autofreie Siedlungen ermöglichen hier ein weniger ressourcenintensives Leben bzw. fokussieren auf die Nutzung regionaler Ressourcen (Leitner/Mandl 2016).

Das gemeinsame Organisieren von Lebensmitteln über Lebensmittelkooperativen, den sogenannten FoodCoops, die neben den städtischen Räumen in Österreich v. a. in Oberösterreich durch Förderungen des Landes in den letzten Jahren starke Verbreitung gefunden haben (FoodCoops o.J.), ist ein Beispiel für die Suche nach Alternativen in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung. Diese unterstützen regionale, kleinstrukturierte und biologische Landwirtschaft und stellen außerdem wichtige Experimentierfelder dar, in denen sich die Beteiligten nicht nur als KonsumentInnen verstehen und sich mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln versorgen, sondern auch Prozesse der Selbstorganisation und des miteinander Ausverhandelns üben.

Gerade am Beispiel der Verbreitung der FoodCoops zeigt sich allerdings auch, dass ein Erfolg dieser alternativen Strukturen, die den Handel aussparen, zu Konflikten führen kann. So legte 2016 die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) Beschwerde gegen die FoodCoops ein, da sie laut WKO als gewerbliche Einkaufsgemeinschaft über eine Gewerbeberechtigung verfügen müssten (derStandard.at 2016). Dieser Fall zeigt, dass es rechtliche Strukturen sind, die stark gemacht werden, um die herrschenden Verhältnisse zu verteidigen und den Spielraum von Alternativen einzuschränken.

Die Möglichkeit, dass man sich in Rechtsformen auch erfolgreich einschreiben kann, zeigt sich an einem weiteren Beispiel – der Gründung eines neuen Revisionsverbandes für Genossenschaften. Diese Alternative wurde mit „Rückenwind“ (Rückenwind 2018) ins Leben gerufen. Der „Förderungs- und Revisionsverband gemeinwohlorientierter Genossenschaften“ (ebd.) hat zum Ziel regionale Wirtschaftskreisläufe zu forcieren, Formen solidarischen Wirtschaftens voranzutreiben und stellt somit im konservativ dominierten Milieu der Genossenschaften für Österreich eine wichtige Ausnahme dar.

Die Alternativdiskussion ist vielfach relativ stark auf den Agrarsektor bezogen. Wichtig wäre für regionale Wirtschaftskreisläufe aber auch die Weiterverarbeitung von Produkten und generell eine ökologisch relativ verträgliche Industrie. In vielen Fällen müsste ein Teil der Produktion auch außerhalb der Mikro-Region abgesetzt werden, das auf die Notwendigkeit fairer Handelsstrukturen hinweist.

Barrieren in lokalen Veränderungsprozessen sind vielfältig. Oftmals handelt es sich bei Alternativprojekten um Nischen, in denen eine gut situierte soziale Mittelschicht tätig ist und deren Leistungen auch nur diese erreicht. Daher wäre es problematisch, das Lokale und die Zivilgesellschaft als einzigen Ort für Veränderungen zu idealisieren. Das Zusammenspiel von bottom-up und top-down und einer damit verbundenen institutionellen Absicherung ist vielmehr ausschlaggebend für einen dauerhaften Erfolg von alternativen Entwicklungen (Foundational Economy Collective 2018). Wichtige Treiber sind hier bspw. Gemeinden, wie im Falle der Ökodörfer. Aber auch darüberhinausgehende Regionalentwicklungsstrategien sind entscheidend, um regional und national gestaltend wirken zu

können (bspw. durch eine konsequente Umsetzung der Einspeisetarife, einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs in ländlichen Räumen oder einer Umgestaltung des PendlerInnenpauschales).

### Die Beiträge in diesem Band

Dieser Band konzentriert sich, mit Ausnahme des Beitrages von Joachim Becker zur Slowakei, auf die österreichische Situation. Wir freuen uns insbesondere, zwei Beiträge von jungen AutorInnen veröffentlichen zu können, die ihre Ergebnisse aus einem einjährigen Forschungsseminar am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien präsentieren.

Das Heft beginnt mit einer Bestandsaufnahme ländlicher ökonomischer und sozialer Strukturen Niederösterreichs und deren Veränderung sowie einer Betrachtung der sozial-räumlichen Konsequenzen der Wiener Smart-City-Strategie für das Wiener Umland. Hieran schließt sich eine Analyse zur Rolle und zu den Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen im ländlichen Raum. Abschließend werden mögliche Alternativansätze für die Entwicklung in ländlichen und, allgemeiner, peripheren Regionen diskutiert.

**Leonhard Plank, Johann Bröthaler und Michael Getzner** behandeln in ihrem Beitrag die lokalen Wirkungen regionalpolitischer Finanzströme in Niederösterreich. Sie veranschaulichen, dass EU-, Bundes- und Landesebene v. a. periphere Räume fördern, die Förderungen allerdings nicht zu einem Strukturbruch führen – ein Rückgang der EinwohnerInnenzahl und der Kommunalsteuer kann dadurch nicht verhindert werden, sondern lediglich der Tourismus wird in diesen Regionen angetrieben. Darüber hinaus zeigen sie, dass nur solche Gemeinden von Förderungen profitieren, die bereits Kapazitäten entwickelt haben, diese einzuwerben und zu verwalten.

**Joris Schröder** verknüpft Überlegungen der Polarisierungstheorie und der ‚europäischen Dependenzschule‘ mit einer aktuellen Kritik am Konzept der ‚Smart City‘. Damit betrachtet er die sozial-räumliche Entwicklung am Beispiel Wiens.

**Theresia Oedl-Wieser** zeigt mit ihrem Beitrag, dass Frauen im ländlichen Raum, der weitgehend von traditionellen Geschlechterrollen geprägt ist, immer noch benachteiligt sind. Dies äußert sich in unzureichend vorhandenen Entfaltungsmöglichkeiten, d. h. adäquaten Arbeitsplätzen, einer ausreichend entwickelten Infrastruktur – auch zur Übernahme von Sorgearbeit – und Optionen zur politischen Mitbestimmung. Das verursacht Abwanderung von v. a. jungen Frauen aus ländlichen Gebieten.

Der Beitrag von **Rudy Weissenbacher** steht am Beginn des Abschnitts, der sich zum Ziel setzt, Handlungsspielräume für Alternativen auszuloten. Hierbei stellt er vor allem auf Alternativstrategien für periphere Regionen ab. Weissenbacher knüpft dabei an Überlegungen der „Europäischen Dependenzschule“ an, die in den 1970er und 1980er Jahren Alternativen in einer Regionalwissenschaft formulierten, die in eine Sackgasse gelangt war.

Die Slowakei ist in der EU gemessen am Gini-Koeffizienten das regional am ungleichsten entwickelte Land in der EU. Mit einem jüngsten staatlichen Alternativansatz zur Entwicklung peripherer Regionen in der Slowakei setzt sich der Beitrag von **Joachim Becker** auseinander. Er arbeitet heraus, dass die deutliche regionale Auseinanderentwicklung der Slowakei zum Teil Wurzeln in der rapiden Außenöffnung in der frühen Transformationsphase und der Transformationspolitik hat. Das auf Direktinvestitionen orientierte industrielle Exportmodell brachte eine Akzentuierung der regionalen Ungleichheit. In den letz-



ten Jahren versucht die Regierung mit der Stärkung lokaler AkteurInnen und Strukturen neue Akzente zu setzen.

**Tamara Artacker** beschäftigt sich anhand des Beispiels des niederösterreichischen Waldviertels mit den Möglichkeiten des landwirtschaftlichen Sektors einer peripheren Region, größere Unabhängigkeit von äußeren Zentren zu erlangen und eine höhere regionale Resilienz und eine eigenständige „Entwicklung“ zu bewirken.

**Christina Plank** stellt, eingebettet in das Food Regime Österreichs, mit der Solidarischen Landwirtschaft eine Alternative vor, die eine Umstrukturierung der Produktions- und Lebensweisen anstrebt. Diese ist als Experimentierfeld für solidarische Praktiken zu sehen, die das Potential in sich bergen, auch über die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung hinauszuwirken und gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben.

Mit diesem Heft hoffen wir, zu einer Debatte über die Entwicklung ländlicher und peri-urbaner Räume sowie möglicher Alternativen beitragen zu können.

## Anmerkungen

- <sup>i</sup> Das BIP als Indikator wurde immer als unzulänglich kritisiert (eine jüngere Kritik: Stiglitz et al. 2010 bzw. Statistik Austria o. J.). Das BIP folgt bei der Schätzung der „Wertschöpfung“ (Marktpreise) dem Inlandsprinzip, während das Bruttonationalprodukt (BNP) oder Bruttosozialprodukt (BSP), heute oft: Bruttonationaleinkommen (BNE) die Staatszugehörigkeit berücksichtigt („Inländerprinzip“). Zur Vergleichbarkeit werden diese Preiseinheiten pro Kopf errechnet. Der „Wert“ von dem hier gesprochen wird, ist also eigentlich ein Preis, der oft stillschweigend mit dem Wert gleichgesetzt wird, z.B. beim „value added“, der in jüngster Zeit in Input-Output-Analysen verwendet wird, um den hinzugefügten „Wert“ zu importierten Gütern zu ermessen (zum „Wert“ in der politischen Ökonomie siehe Hudson 2016, Kap. 1).

## Literatur

- AfD (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. ([www.afd.de/wahlprogramm](http://www.afd.de/wahlprogramm); abgerufen: 26.7.2017)
- Bauer, Adelheid (2018): Registerbasierte Statistiken. Binnenmigration. Abgestimmte Erwerbsstatistik 2015. Schnellbericht 10.41. Wien: Statistik Austria.
- Benko, Georges/Lipietz, Alain, Hg. (1992): Les régions qui gagnent. Paris.
- derStandard.at (2016): „Food-Coops“: Wirtschaftskammer will Kooperativen anzeigen (<https://derstandard.at/2000035272847/FoodCoops-Wirtschaftskammer-will-Einkaufsgemeinschaften-anzeigen>) (abgerufen: 7. Mai 2018)
- derStandard.at (2017): Voestalpine nimmt neues Werk in Donawitz in Betrieb. 26. September, <https://derstandard.at/2000064820606/voestalpine-nahm-in-Donawitz-neues-Drahtwalzwerk-in-Betrieb> (abgerufen: 11. Mai 2018)
- Essletzbichler, Jürgen/Disslbacher, Franziska/Moser, Mathias (2018): The victims of neoliberal globalisation and the rise of the populist vote: a comparative analysis of three recent electoral decisions. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11, 73–94.
- Foundational Economy Collective (2018): *Foundational Economy: The infrastructure of everyday life*. Manchester Capitalism Series. Manchester.
- FoodCoops (o. J.): Was ist eine FoodCoop? <https://foodcoops.at/> (abgerufen: 7. Mai 2018)
- FPÖ (2017): Fairness, Freiheit, Fortschritt. Das freiheitliche Wirtschaftsprogramm. [http://www.fpoe.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe.at/dokumente/2017/Wirtschaftsprogramm/Wirtschaftsprogramm.pdf](http://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2017/Wirtschaftsprogramm/Wirtschaftsprogramm.pdf) (abgerufen: 23. August 2017)
- Front National (2017): 144 engagements présidentiels. [www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen/](http://www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen/) (abgerufen: 30. Juli 2017)
- Hudson, Ray (2016): *Approaches to Economic Geography: towards a Geographical Political Economy*. London/New York.
- Hudson, Ray/Hadjimichalis, Costis (2014): Contemporary Crisis across Europe and the Crisis of Regional Development Theories. In: *Regional Studies* 48, 1, 208–218.
- Koenis, Sjaak (2016): *De januskop van de democratie. Over de bronnen van bosheid in de politiek*. Amsterdam.
- König, Jan/Kurmann, Marko (2017): Wie erklärt sich der Erfolg der AfD im ländlichen Raum? Rechtspopulismus in Mecklenburg-Vorpommern. In: Allmendinger, Björ/Fährmann, Joachim/Tietze, Klaudia (Hg.): *Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft*. Hamburg, 73–83.
- Leitner, Michaela/Mandl, Sylvia (2016) Viele Wege führen zum nachhaltigeren Leben. Engagement von Ökodörfern und im Klimaschutz aktiven Gemeinden. In: *sol Magazin – Solidarität, Ökologie und Lebensstil*, Sommer 2016, 164, 25–27.
- Oedl-Wieser, Theresia (2017): Was ist dran am Exodus der Frauen vom Land? Gründe für geschlechterselektive Abwanderung und der Konsequenzen für ländliche Regionen. Fact Sheet Nr. 14. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- Pesendorfer, Konrad/Gruber, Kerstin (2017): Regionales Wirtschaftswachstum 2016. Hauptergebnisse der Regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Präsentation, 6. Dezember, [http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET\\_PDF\\_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=115608](http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=115608) (abgerufen: 8. Mai 2018)
- Pichler, Melanie (2017): Warum es falsch ist, den Standort in die Verfassung zu schreiben. In: *mosaik*, 21. Mai, <https://mosaik-blog.at/verfassung-standort-wachstum-wettbewerbsfaehigkeit-neoliberal-klima-umwelt/> (abgerufen: 8. Mai 2018)
- Pierru, Emmanuel/Vignon, Sébastien (2016): Comprendre les votes frontistes dans les mondes ruraux. Une approche ethnographique des préférences électorales. In: Mauger, Gérard/Pelletier, Willy (Hg.): *Les classes populaires et le FN. Explications de votes. Vulaines sur Seine*, 77–100.

- Pressberger, Thomas (2018): Strafzölle gefährden Weltwirtschaft. Interview mit Voestalpine-Chef Wolfgang Eder. In: Kurier, 10. Mai 2018, 9.
- Rückenwind (2018): <https://www.rueckenwind.coop/> (abgerufen: 7. Mai 2018)
- Salzer, Irmi (2015): Agrarsektor: Es grünt nicht grün? In: Beigewum (Hg.): Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt. Wien, 77–89.
- Schneid, Hedi (2017): Voestalpine baut neues Edelstahlwerk in Kapfenberg. In: diePresse.com, 27. September 2017, <https://diepresse.com/home/wirtschaft/unternehmen/5292853/Voestalpine-baut-neues-Edelstahlwerk-in-Kapfenberg> (abgerufen: 11. Mai 2018)
- Statistik Austria, EU SILC (2017a): Armut und soziale Eingliederung, [http://www.statistik-austria.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/armut\\_und\\_soziale\\_eingliederung/index.html](http://www.statistik-austria.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html) (abgerufen: 8. Mai 2018)
- Statistik Austria, EU SILC (2017b): Einkommensehntel bzw. -viertel des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens 2017 nach soziodemographischen Merkmalen, [http://www.statistik-austria.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/haushalts-einkommen/o22298.html](http://www.statistik-austria.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/haushalts-einkommen/o22298.html) (abgerufen: 8. Mai 2018)
- Statistik Austria (o. J.): Das BIP und mehr – die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. [http://www.statistik-austria.at/web\\_de/statistiken/wohlstand\\_und\\_fortschritt/initiativen\\_zur\\_fortschrittmessung/gdp\\_and\\_beyond/index.html](http://www.statistik-austria.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/initiativen_zur_fortschrittmessung/gdp_and_beyond/index.html) (abgerufen: 8. Mai 2018)
- Statistik Austria (o. J. 2) Regionales BIP und Hauptaggregate nach Wirtschaftsbereichen und Bundesländern (NUTS 2). [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche\\_gesamtrechnungen/regionale\\_gesamtrechnungen/nuts2-regionales\\_bip\\_und\\_hauptaggregate/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/regionale_gesamtrechnungen/nuts2-regionales_bip_und_hauptaggregate/index.html) (abgerufen: 8. Mai 2018)
- Stiglitz, Joseph/Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2010): Mismeasuring Our Lives: Why GDP Doesn't Add Up. New York u. a. O.
- Venet, Thomas (2017): Mobilité, ancrage, et rapport à l'espace des jeunes des classes populaires rurales. In: *Savoir/agir*, Nr. 30, 41–47.
- Weissenbacher, Rudy (2015): Periphere Integration und Desintegration in Europa: Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 31(3), 86–111.
- Weissenbacher, Rudy (i. E.): A Ladder without Upper Rungs: On the Limitations of Industrial Policies in TNC Capitalism. The Case of the European Union.